

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cinderastraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282-283  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Derwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Cinderastraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Putsch in München.

Kahr und Lössow wollen Opfer von Expressern sein. — Haftbefehl gegen Ludendorff und Hitler. — Boehner in Schutzhaft.

Aus München wird von zuständiger Seite kurz vor Schluß des Blattes mitgeteilt, daß Pöchner in Schutzhaft genommen wurde.

Ludendorff hat sich im Kriegsministerium verschanzt.

Durch einen Funkpruch des Oberbürgermeisters in Nürnberg wird mitgeteilt: von Kahr, General von Lössow und Oberst Seiger haben erklärt, daß ihre Zustimmung zum Vorgehen Ludendorffs und Hitlers heute nacht erprecht worden sei und daß sie die Bewegung in jeder Beziehung ablehnen. Sie hoffen, noch im Laufe des heutigen Tages des Putschs Herr zu werden. Einmaligen einkrückenden Truppen der Reichswehr würden sie den Sachverhalt mitteilen, um weitere Konsequenzen zu verhindern. Gleichlautende Mitteilung hat General von Lössow den nordbayerischen Truppen durch Funkpruch zugehen lassen. Kahr hat sämtliche Bezirksämter angewiesen, genaueste Passkontrolle auszuüben. Alle Angehörigen der Nationalsozialisten und des Bundes Oberland seien zu verhaften. Ludendorff und Hitler seien festzunehmen, wo sie angetroffen werden. Aus Bamberg wird mitgeteilt, daß man die dort befindlichen Führer bereits entwaffnet hat.

Der novembertliche Fastnachtspul im Münchener Bürgerbräu hat plötzlich die Situation in Bayern blickartig beleuchtet und sogar die bisher so nachsichtige Reichsregierung zu neuen Entschlüssen gedrängt. Sie hat noch in der Nacht, etwa um 2 Uhr, einen Aufruf an das deutsche Volk herausgegeben, den wir an anderer Stelle zur Kenntnis unserer Leser bringen. Vorher jedoch, als unsere Zeitung sich bereits im Druck befand, kam die kategorische Anordnung, daß über die Vorgänge keine anderen als amtliche Meldungen veröffentlicht werden dürfen. Diese Anordnung ist den meisten Berliner Blättern zu spät gekommen, so daß eine Reihe von ihnen auch andere Meldungen veröffentlicht haben. Dabei konnte es passieren, daß gewisse Rechtsorgane ihren Jubel über die Vorgänge nicht unterdrücken konnten. Die „Deutsche Zeitung“ z. B. versichert in einem eigenen Telegramm, daß in den Straßen von München „vollkommene Ruhe“ herrsche, aber gleichzeitig ungeheure Begeisterung und daß nachlässigerweise Muffel die Straßen durchziehe. Der „Tag“ aus dem Hause Scherl-Hugenberg hatte sogar eine Auflage mit eigenen Telegrammen aus München fertig und zum Teil ausgegeben, die den ganzen Jubel einer schönen Seele in die Worte der Ueberschrift faßte: „Reichspräsident und Reichsregierung abgesetzt!“ — diese Ueberschrift mit einem ebenso jubelnden Artikel seines Chefredakteurs begleitet. Schon vorher hatten wir vertraulich erfahren, daß in den Berliner Redaktionen der deutschnationalen Blätter verlängert Nachtendienst angeordnet sei, weil man augenscheinlich die Nachrichten von dem Fastnachtspulse erwartete.

Zwischen gestern und heute hat sich in München wieder einiges geändert. Augenscheinlich unter dem Eindruck der Tatsache, daß die Reichsregierung den Verkehr mit Bayern unterbunden hat, wird jetzt erklärt, daß Kahr und Lössow sich gegen Hitler und Ludendorff erklärt und sogar deren Verhaftung angeordnet hätten. Heldenhaft wie immer versichern diese „deutschen Männer“, daß ihre Zustimmung zum Eintritt in die Hitler-Regierung von ihnen erprecht worden sei. Ein „Diktator“, der sich eine solche Zustimmung abzwängen läßt, ist an sich schon eine komische Figur. Unwillkürlich drängt sich die Erinnerung auf an jene Stunde, da ein Trupp Bewaffneter in den ersten Revolutionswochen vor dem Reichskanzlerhause in der Wilhelmstraße zu Berlin sich einfand und von dem damaligen Volksbeauftragten Ebert verlangte, daß er sich zum Reichspräsidenten ausrufen lasse. Mühl und sachlich wehrte Ebert dieses Ansinnen ab mit der Bemerkung, er würde „mit seinen Kollegen über die Sache beraten“, aber es sei nicht Aufgabe der republikanischen Soldaten, solche politischen Anforderungen zu stellen. Der „neue Bismarck“ aber, wie Kahr sich gern titulieren läßt, und sein Muttergeneral Lössow lassen sich angeblich eine Zustimmung abpressen in demselben Saale, in dem die Minister Knilling und Schweger von den Hitler-Banden in Haft gesetzt wurden. Die Erzählung von der angeblichen Erpressung ist nichts weiter als eine schamlos unwürdige Ausrede erlappeter Verbrecher. Man möchte jetzt, da durch den Ludendorff-Hitler-Schlag das ganze Gewebe der langwierigen Putschvorbereitungen offen an den Tag gelegt wurde, die eigenen Spuren verwischen. Das soll und darf nicht gelingen.

Mindestens seit dem Februar 1921 weiß Kahr, daß im bayerischen Oberland Geheimbünde gebildet sind. Mit diesen Geheimverbänden hat er direkte Verbindung gestanden. Derselbe Boehner, der jetzt wieder in die „Hitlerregierung“ als Ministerpräsident oder etwas ähnliches auf-

genommen wurde, war der Verbindungsmann zwischen den Geheimbünden und Kahr. Unbestritten ist diese Tatsache schon im Sommer vorigen Jahres im bayerischen Landtag zur Sprache gebracht und der Eid dafür angeboten worden. Kahr war Beschützer und Förderer der Geheimbünde, die jetzt die Gewalt an sich zu reißen suchen. Er ließ im September 1921 seelenruhig einen Putsch vorbereiten und ging, damals noch Ministerpräsident, nach Berchtesgaden, um sich vor „fertige Tatsachen“ stellen zu lassen. Damals mußte erst der bayerische Landtagspräsident Königsbauer ihn telegraphisch ersuchen, den putschistischen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten und unverzüglich als verantwortlicher Minister des Innern nach München zu kommen, da ein Rechtsputsch gegen den Landtag beabsichtigt sei.

Erst auf Grund dieses Telegramms warnte Kahr „vor etwaigen Versuchen gewaltsamen Eingreifens in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse“. Kahr jetzt hat Kahr alle Vorbereitungen Hitlers und Ludendorffs stillschweigend gebilligt. Er ließ, während er dauernd mit ihnen in Verbindung stand, weder den einen noch den andern verhaften. Und wenn er sich in der Verlammlung, wie der Wolffbericht meldet, von Hitler unter brausendem Jubel die Hand drücken ließ, wenn er dort selbst die Erklärung abgab, daß er die Leitung der Geschicke Bayerns übernehme und sich als Statthalter der Monarchie beirichte, so ist es eine feige Ausflucht, hinterher zu versichern, daß die Zustimmung von ihm erprecht worden sei.

In Wirklichkeit sind Kahr und Hitler und Lössow Hochverräter am Deutschen Reiche, Lössow zudem ein mehrfach eibrüchiger General. Wir erwarten, daß die Reichsregierung sich durch die Funkprüche der bayerischen Stellen nicht beirren lassen, sondern jetzt wenigstens die notwendigen Maßnahmen treffen wird, um dem seit Monaten währenden verbrecherischen Treiben der bewaffneten Banden endgültig ein Ende zu bereiten.

Es muß in dieser Stunde offen ausgesprochen werden, daß die Jauderpolitik Stresemanns und Gehlers die bayerische Entwicklung erst auf ihre Spitze treiben ließ. Hätte die Reichsregierung auch nur einen Teil der Energie, die sie gegen Sachsen entsfaltete, auf Bayern verwendet, so wäre der neueste Putsch nicht möglich gewesen und die Folgen, die im Aufruf der Reichsregierung beklagt werden, wären verhindert worden. Die Sozialdemokraten im Koalitionskabinett und die gesamte Partei im Lande haben immer wieder die Notwendigkeit schnellen und scharfen Zupackens betont. Aber die Reichsregierung hatte Angst vor der eigenen Zivilcourage. Jetzt endlich sperrt sie den Verkehr nach Bayern, eine Maßnahme, die hoffentlich nur einen Teil der getroffenen darstellt. Da inzwischen General v. Seeckt zum Oberkommandierenden der Reichswehr und, an Stelle Gehlers, auch zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt worden ist, so besteht wenigstens die Möglichkeit, daß dieser Militär schnell und entschieden die notwendigen Entschlüsse faßt und für ihre Durchführung sorgt. Sollte das der Fall sein, so wird die republikanische Bevölkerung ihn sicher mit Freuden unterstützen. Aber nach allen Enttäuschungen der letzten Zeit ist sie nicht mehr in der Lage, bedingungsloses Vertrauen zu den Maßnahmen und Ankündigungen der leitenden Stellen zu hegen.

### Hochverrat der Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die Vorgänge in Bayern haben unseren wiederholten dringenden Warnungen recht gegeben, daß das Hinschleppen der Regierungskrise und das längere Verbleiben der Regierung Stresemann, die von weitesten nationalen Kreisen abgelehnt wird, zu unheilvollen Explosionen führen werde. Nur durch Bildung einer Regierung, die das Vertrauen der nationalen Kräfte im ganzen Reiche genießt, kann weiteres Unglück verhütet und wird der Reichsstricke wieder hergestellt werden. Die unverzügliche Schaffung einer Regierung des nationalen Vertrauens ist daher das dringendste Gebot der Stunde.“

Das ist eine glatte Unterfützung der Putschisten von München. Was wird Seeckt gegen die hochverräterische Forderung dieser Halbputschisten unternehmen?

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie versichert, daß sie einig und fest hinter den verfassungsmäßigen Gewalt des Reichs stehe. Jedem Versuch, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung des Reichs weiterhin gewaltsam zu stören, weise sie mit Entschiedenheit zurück. Das ist alles!

### Berliner Mitwisser des Putschs.

Offenbar hatte die Münchener Verschwörer-Gesellschaft, einschließl. Kahrs, Zusicherungen von gleichgesinnter Seite aus Berlin erhalten, wonach der Hitler-Ludendorff-Putsch auch in der Reichshauptstadt das Signal zum Losschlagen sein würde. In diesem Zusammenhang ist der bereits erwähnte Schritt Hergts bei Stresemann bemerkenswert, ebenso die Forderung der Deutschnationalen Fraktion auf Errichtung einer Rechtsdiktatur. Darüber hinaus aber ist noch zu erwähnen, daß gestern Abend zu einer Zeit, als der Münchener Putsch noch gar nicht erfolgt war, von deutschnationaler Seite der Rücktritt Stresemanns noch für dieselbe Nacht mit aller Bestimmtheit angekündigt wurde. Ein führendes deutschnationales Blatt hatte schon zu diesem Zeitpunkt Dispositionen für verlängerten Nachtdienst usw. getroffen. Die jubelnde Aufmachung der „Deutschen Zeitung“ wird an anderer Stelle erwähnt. Noch bezeichnender aber ist die Tatsache, daß der im Schwerindustriellen Scherl-Verlag erscheinende „Tag“ zwei verschiedene Auflagen herausgebracht hat, wobei die erste offenbar mit einem durchschlagenden Sieg der Putschisten auch in Norddeutschland rechnete.

Die eigentlichen Meldungen über den Umsturz wurden unter nachstehenden triumphierenden Ueberschriften veröffentlicht:

### Nationaler Umsturz in Bayern.

General Ludendorff Machthaber, Kahr Statthalter für die Monarchie. — Hitler verkündet Vormarsch nach Berlin. — Reichsregierung und Reichspräsident abgesetzt. Sitz der neuen deutschen Regierung in München. — Knilling und Schweger verhaftet.

Unter den Meldungen war folgender unzweideutiger Artikel von E. Schwarzer zu lesen:

„Heute vor 5 Jahren erfolgte in Berlin der Umsturz. Gestern vor fünf Jahren war München vorangegangen. Gestern, am fünften Jahrestage der Münchener Revolution, ist München abermals vorangegangen. Wird Berlin heute nachfolgen?“

„Wie stehen am Beginn der Rechts-Revolution“. Eine Revolution, die den Versuch machen wird, einen Strich unter die Ereignisse der letzten fünf Jahre zu ziehen. In München regiert seit gestern aber General Ludendorff. Es ist klar, daß damit vollendete Tatsachen auch für Berlin geschaffen werden sollen. Die Reichsregierung und der Chef der Heeresleitung sind in München als abgesetzt erklärt. In München hat man gehandelt, während in Berlin der Umsturz der Dinge auf legalem Wege erwartet wurde. Auch hier war die Wendung — ohne Gewalt — auf rein verfassungsmäßigem Wege nur eine Frage von Tagen. Die schleichende Krise in der Wilhelmstraße zeigte das.“

Wir mahnen zur Ruhe und Besonnenheit. Wir mahnen zur nationalen Eintracht. Wir stehen am Scheidewege. Es steht alles auf dem Spiele. Niemand weiß, was die nächsten Tage und Stunden bringen werden.

Der deutsche Parteigeist verkumme! Das Vaterland ist es, um das der Kampf geht. Um das Vaterland, um das Reich. Erhaltung des Reiches ist oberstes Ziel. Nichts darf uns vom Wege abweisen lassen.

Wir haben in dieser ersten Stunde eine tiefe Bitte: Gott schütze das Vaterland!

Als jedoch die Nachrichten aus der Reichskanzlei bewiesen, daß die Hoffnung auf einen Rücktritt Stresemanns und auf einen Anschluß der Reichswehr an die Putschbewegung vergeblich waren, verschwand aus der zweiten Auflage des „Tag“ die jubelnden Ueberschriften mit samt den erwartungsvollen Kommentaren des Schriftstellers, um den Platz für den Aufruf der Reichsregierung und für die Ernennung Seeckts zum Oberbefehlshaber frei zu machen!...

### Seeckt Oberkommandierender.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund Art. 48 der Reichsverfassung verordne ich, wie folgt: § 1. Die Ausübung des mit verfassungsmäßig zustehenden Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches übertrage ich auf den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt.

§ 2. In Abänderung meiner Verordnung vom 26. September 1923 übertrage ich die vollziehende Gewalt an Stelle des Reichswehrministers dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt, welcher alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Reichspräsident: gen. Ebert.  
Gegenzeichnet: Der Reichskanzler Dr. Stresemann,  
Der Reichswehrminister Dr. Gehler.

## Der Spuk im Bürgerbräu.

München, 9. November. (M.T.B.) Zu den Vorgängen im Bürgerbräukeller erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Staatskommissar von Kahr hatte ungefähr 1/2 Stunden gesprochen. Um 10 Uhr entstand am Eingang des Saales eine große Unruhe. Aus dem Reichsgewühl heraus sah man Hitler, eskortiert von zwei schwer bewaffneten Nationalsozialisten, die mit hoch erhobenen Revolvern Ruhe verlangten, in den Saal eindringen. Als sich die Ruhe nicht einstellte, gaben die beiden Nationalsozialisten Revolverschläge gegen die Decke ab. Hitler rief sodann mit klarer Stimme in den Saal: „Die Sache geht nicht gegen Kahr!“ Darauf wollte sich die Unruhe noch immer nicht legen. Dann trat der frühere Polizeipräsident Pöchner hervor und erklärte: „Bleiben Sie doch ruhig sitzen! Kahr und Hitler sind zwei deutsche Männer.“ Sodann verschaffte sich Hitler selbst Ruhe.

Rundmehr trat

ein Stabsoffizier der Hillertruppen

vor die Versammelten und machte folgende Erklärungen: „Heute beginnt die nationale Revolution. Sie richtet sich in keiner Form gegen den von uns allen hochverehrten Generalstaatskommissar von Kahr. Sie richtet sich ausschließlich und allein gegen die Berliner Judenregierung. (Stürmischer Jubel.) Wir haben diesen Schritt gemacht, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Männer an der Spitze der Reichsregierung stehen, von denen uns ein starker Trennungsstrich scheidet. Die neue Reichsregierung: Hitlers, Ludendorffs, Pöchner, sie lebe hoch!“ Im Saal folgte den Ausführungen stürmischer Beifall. Die Versammlung sang hierauf das Deutschlandlied.

Sodann erschien

Hitler

vor den Versammelten, nachdem er sich durch einen Revolver-schuß Ruhe verschafft hatte. Er führte aus: Heute vor fünf Jahren hat die größte Schandtat begonnen, die unser Volk in maßloses Elend stürzte. Heute, nach fünf Jahren, muß der Tag sein, da sich die Geschichte wenden wird. (Stürmischer Beifall.) Ich schlage folgendes vor: Das Kabinett Brüning ist abgesetzt. (Beifall.) Die bayerische Regierung wird gebildet aus dem Landesverweser und einem mit diktorischen Vollmachten ausgestatteten Ministerpräsidenten. Ich schlage vor als Landesverweser Eggens von Kahr. Ich schlage weiter vor als Ministerpräsidenten Pöchner.

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin wird für abgesetzt erklärt, ebenso Ebert.

Die deutsche nationale Reichsregierung wird in Bayern, hier in München gebildet. Es wird weiter gebildet sofort eine deutsche nationale Armee. Ich schlage vor, daß bis zur Wiederherstellung der Verträge, die heute Deutschland zugrunde rücken, die Leitung der Politik dieser provisorischen nationalen Regierung ich übernehme. Eggens von Kahr übernimmt die Leitung der deutschen nationalen Armee. General von Lossow wird deutscher Reichswehrminister, Oberst von Seisser wird deutscher Reichspolizeiminister. Die Aufgabe der provisorischen deutschen nationalen Regierung ist, die ganze Kraft für das Land und für das Reich einzusetzen und den Marsch anzutreten

gegen das Sündenbabel Berlin.

Ich frage Sie nun, ob Sie mit dieser Lösung einverstanden sind. (Den Ausführungen Hitlers folgte unbeschreiblicher Jubel.) Sie sehen: Was uns hier leitet, ist nicht Eigenbrüterei, sondern der Kampf, den wir aufnehmen in 12. Stunde, gilt für unser deutsches Vaterland. Aufbauen wollen wir einen Bundesstaat völkischer Art, in dem Bayern die Stelle einnehmen soll, die ihm gebührt. Ich bitte Sie, sich ruhig im Saal zu verhalten. Der Bürgerbräusaal ist mit sechs Hundertschaften der Nationalsozialisten umzingelt. Der morgige Tag findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot. Es gibt nur eins von beiden.

Die für die Regierung vorgeschlagenen Männer entfernten sich darauf aus dem Saal und berieten eine gute halbe Stunde in einem Nebenlokal.

General Ludendorff,

der nicht anwesend war, wurde herbeigeholt und war dann auch bei diesen Beratungen zugegen. Stürmisch begrüßt traten dann die

neuen Regierungsmänner in den Saal. Zunächst gab der Generalstaatskommissar

von Kahr

die Erklärung ab, daß er die Leitung der Geschäfte Bayerns übernehme und sich als Statthalter der Monarchie betätige (Stürmischer Beifall), derjenigen Monarchie, die vor fünf Jahren von Verbrechern zerstückelt worden sei. Er übernehme sein Amt in der Hoffnung, daß er zum Segen der geliebten bayerischen Heimat und des großen deutschen Vaterlandes wirken könne. Unter drausendem Jubel

reichte Hitler Kahr die Hand

und sprach ihm darauf den Dank für die Uebernahme des neuen Postens aus. Ebenso erklärten sich die anderen vorgeschlagenen Männer für die Uebernahme ihrer Ämter bereit.

## Ein Aufruf der Reichsregierung.

Die Deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verblendete ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerstückeln. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling verhaftet und sich angemacht, eine Reichsregierung zu bilden, den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Vorkämpfer der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegungen unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unseren Brüdern im Rheinlande und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und rüttelt alle Aussichten auf die Anbahnung wirtschaftlicher Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischen Gebieten haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden um das Fiefache gebessert hat; alles das ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München versucht wird.

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Die Reichsregierung: gez. Dr. Stresemann, Reichkanzler.

Die Reichsregierung hat wegen der Absetzung der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung den gesamten Verkehr nach Bayern eingestellt. Irgendwelche Leistungen des Reiches für Bayern finden bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nicht mehr statt.

## Preußen gegen Ludendorff.

Die preussische Staatsregierung erläßt folgenden Aufruf:

In München ist von Hochverrätern versucht worden, die bayerische Regierung zu stürzen. Die Einheit des Reiches und seine Verfassung sind bedroht. Die Reichsregierung hat zu ihrer Verteidigung aufgerufen. Es war stets Preußens Ruhm, der feste Pfeiler des Reiches zu sein. Die preussische Regierung steht auch jetzt ruckhaltlos hinter der Reichsregierung in dem ihr aufgedrungenen Kampf. Mitbürger! Trete einmütig hinter eure Regierung und helfe so alle mit, die Einheit des Reiches zu erhalten.

Aufruf in Württemberg.

Stuttgart, 9. November. (M.T.B.) Minister des Innern Holz erläßt folgenden Aufruf an das württembergische Volk: In Bayern haben rechtsradikale Kreise unter völliger Verleumdung der wahren Interessen des gesamten deutschen Volkes den Versuch unternommen, auf dem Wege eines Putsches die öffentliche Gewalt an sich zu

reißen. Im Zusammenwirken mit dem Militärbefehlshaber werde ich ein Uebergreifen dieser Bewegung auf Württemberg nicht dulden und Versuche dazu mit allen Mitteln unterdrücken. Ich verbiete jede Tätigkeit, die eine Unterstützung der bayerischen Putschisten darstellt. Ebenso ist es verboten, daß von anderen Volksteilen selbständige Versuche einer aktiven Bekämpfung der Bewegung gemacht werden. Dies würde dazu führen, die Lage zu verschärfen und die Gefahr des Bürgerkrieges näherzurücken. Die Polizei ist fest in meiner Hand und in der Lage, die Ruhe in Württemberg aufrechtzuerhalten.

## Republikanischer Selbstschutz verboten!

Stuttgart, 9. November. (M.T.B.) Das Wehrkreiskommando 5 erläßt folgende Verordnung: In München ist die verfassungsmäßige Regierung gestürzt. Hitler erklärte sich zum Reichskanzler, Generalstaatskommissar von Kahr und General Lossow bekämpfen Hitler. Im Deutschen Reich hat allein General von Seidt, der die vollziehende Gewalt übernommen hat, zu befehlen. Die Reichswehr ist mobil erklärt. Zusammen mit den Landespolizeien wird sie jedes Uebergreifen der Münchener Bewegung verhindern, zugleich aber jede Einmischung ungesetzlicher Kräfte in diese Aufgabe unterdrücken. Ich verbiete ausdrücklich jede Bildung oder Zusammenziehung von Selbstschutzhorden oder ähnlichen Kampforganisationen. Zuwiderhandlungen werden als Hochverrat bestraft. Der Militärbefehlshaber, gez. Reinhardt.

## Vorzensur in Baden.

Karlsruhe, 9. November. (M.T.B.) Die Badische Staatsregierung gibt an sämtliche Amtsbezirke die Weisung, alle Nachrichten aus München unter Vorzensur zu stellen, weil sich die Vorgänge in München wesentlich anders als bisher berichtet abgespielt hätten.

## Die Wirkung auf das Ausland.

London, 9. November. (M.T.B.) Die Blätter nehmen zu dem erst in später Nachtstunde gemeldeten Putsch in München noch nicht Stellung. Nur die „Times“ bringt bereits ein Telegramm ihres Berliner Berichterstatters mit dem Aufruf der deutschen Regierung an das deutsche Volk, in dem die englische Öffentlichkeit über die energischen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Anhänger des Münchener Putsches unterrichtet wird.

Paris, 9. November. (M.T.B.) Die Meldung von der Verkündung der Militärtribunalur in Bayern ist in Form eines Gerüchtes um Mitternacht in Paris eingetroffen. Ueber die Maßnahmen, die Frankreich angeht der neuen Lage ergreifen wird, ist bis zur Zeit an Hand unzulänglicher Informationen nichts Authentisches zu sagen. Der Korrespondent fand Gelegenheit, eine maßgebende politische Persönlichkeit um ihren Eindruck zu befragen. Dieser nimmt an, daß, wenn die Hitlertruppen erfolgreich ihren Vormarsch auf Berlin bemerkbar machen und die Reichsregierung stürzen, die verbündeten Mächte gemeinsame Abwehrmaßnahmen treffen werden.

## Weitere Markbesserung im Ausland.

Die Berliner Börse nahm die Nachrichten über die Ereignisse in München ruhig auf. Der Börsenvorstand, der bei Beginn des offiziellen Verkehrs zu einer Sitzung zusammentrat, um die eventuelle Schließung der Börse zu erwägen, verzichtete sich deshalb, keine Veränderung eintreten zu lassen.

Die Befürchtungen, die man hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Marktes im Auslande gehegt hatte, haben sich nicht erfüllt. Es liegen bereits von den heutigen Auslandsbörsen Marktkurse vor, die erkennen lassen, daß die gestrige Besserung heute noch anhält. Das gilt besonders von Zürich. Wenn sich trotz der besonnenen und ruhigeren Auffassung der Börse am Effektenmarkt vorwiegend Kurssteigerungen ergaben, so haben diese ihren Grund in der Hauptsache darin, daß durch die niedrigeren Bewertung der Dividenden bei den letzten Effektenkursen sich ordnungsmäßig hohe Goldmarktpreise ergaben. Diese Disparitäten wirkte für weite Kreise anreizend zum Verkauf. Allerdings ist das Angebot keineswegs dringend, es handelt sich zum Teil auch um Verkäufe von Handels- und Industriefirmen, die durch Abstoßung von Effekten sich flüssige Mittel für Lohnzahlungen zu verschaffen suchen. Am Geldmarkt zeigt sich nach wie vor eine scharfe Anspannung.

## Nationalität.

Von Michael Charol.

Das Ende des 18. Jahrhunderts sah in Europa eine Reihe sich aufhebender, ineinander übergehender Staatsgebilde, die sich nur schwach gegen die Idee des Kosmopolitismus wehrten. Am Ende des 19. Jahrhunderts bestand dasselbe Europa aus einer Anzahl festgefügt, bis an die Zähne bewaffneter, gegeneinander dräuender Reiche. Hier soll nicht die Bestreben verfolgt werden, die die Kultur in rückschlüssiger Entwicklung in einem Jahrhundert zurückgelegt hat, sondern nur eine Erscheinung, die mit der Absperrung der Völker gegeneinander aufkommen ist, auf ihre Berechtigung untersucht werden, nämlich die Hochkonjunktur der Nationalität.

Eine Reihe von Gelehrten am Ende des 19. Jahrhunderts haben auf Grund der Rassenunterschiede feststellen zu können geglaubt, welche Disposition nicht nur die einzelnen Individuen, sondern ganze Völker von Natur aus haben. Damit spielten sie den Chauvinisten aller Länder einen besonderen Trumpf in die Hände. Diese konstruierten für ihre Rasse ein psychologisches Gebäude von lauter Vorzügen, dichteten den fremdgerassenen alle Fehler an und kamen auf Grund einer Gegenüberstellung zu dem Schluß, daß die eigene Rasse dazu berufen sei, die Weltgeschichte zu korrigieren. Der Weltkrieg war ja ein solcher Korrekturversuch.

Nachdem es sich nun bei der Ausführung dieser Korrektur gezeigt hatte, daß alle Völker sowohl aus anständigen Menschen wie aus Lumpen bestehen, daß in jedem Volk alle Eigenschaften von der edelsten Selbstverleugnung bis zur blutrünstigsten Verworfenheit vorhanden sind, mühten eigentlich diese Rassenheerleiter Schweigen gelernt haben; und wirklich, es werden jetzt kaum noch die germanische gegen die romanische oder teilsisch-angelsächsische Rasse ausgespielt werden. Die Bequemlichkeit eines solchen Schlagwortes ist aber zu groß, als daß die Nationalsozialisten nicht wenigstens noch die arische gegen die semitische Rasse als Aufreizungsmittel benutzen. Im übrigen haben sie an Stelle der Rasse die Nation gesetzt. Es wird nur noch von der Nationalität gesprochen und diese Nationalität als ein Unverrückbares, Dauerndes aufgestellt. Die Zugehörigkeit zu einer Nation wird nicht als ein Zufall bedingt durch den Geburtsort und die geographische Nachbarschaft der Staaten, sondern als eine Erbeigenschaft bezeichnet, die selbst unter veränderten Bedingungen und in fremden Zonen bewahrt bleiben müsse.

Wie steht es aber damit in Wirklichkeit? Fühlt wirklich ein deutscher, französischer usw. Staatsangehöriger vor allem deutsch, französisch usw.? „Natürlich!“ sagen die Nationalitätenanhänger und zeigen auf den Auslandsdeutschen. Zu gleicher Zeit aber erheben sie ein Geschrei über die große Gefahr der französischen Kulturpropaganda im besetzten Gebiet, weil sie das Volk Frankreichs, wenn aber dies möglich ist, wenn wirklich eine Propaganda eine Behrart, eine entsprechende Anweisung in den Schulen

die nächste Generation französisch fühlend machen können, dann ist diese ganze Nationalität eine Lüge. Dann besteht wohl ein Rassenunterschied, der, auf physiologischen Merkmalen beruhend, psychologische Abweichungen schafft (ohne, wie wir im Krieg gesehen haben, den Vorzug einer bestimmten Rasse zu geben), aber es besteht keine angeborene, vererbte Nationalität. Da nun bei der anderthalbhundertjährigen Geschichte der jetzigen europäischen Rassen sie sich so vermischelt haben, daß man bei kaum einem Prozent der Bevölkerung von reiner Rasse sprechen kann, ist jedes nationale Auftrumpfen ein Un Ding. Kein Mensch denkt vor allem nationen-gemäß, sondern er denkt nur entsprechend seinen Interessen. Und die Interessen sind bloß insofern national gefärbt, als das Privateigentum von der Staatsangehörigkeit bedingt ist. Davon hängt die steuerliche Belastung, die Sicherheit vor fremden Eingriffen usw. ab. Die wirklichen Interessen, die Denkart und die Zusammengehörigkeit hängen im Grunde nur von der Klassenangehörigkeit des Betreffenden ab. Ein französischer und ein deutscher Großindustrieller haben viel mehr Gemeinsames, fühlen sich viel mehr verbunden und sind einander viel mehr interessiert als einer dieser Industriellen mit dem Bauer seiner Nation. Der deutsche und der russische Proletarier sind in ihren Gedanken und ihren Wünschen viel inniger zusammengetreten als der Proletarier mit dem eigenen Bauer. Und der deutsche und der englische Bürger werden beim Austausch ihrer Ansichten untereinander viel eher einig werden als mit ihren eigenen Arbeitern.

Aber von diesem Klassengedanken und von dieser internationalen Standeszugehörigkeit hat noch kein Chauvinist je gesprochen. Unsere Herren Professoren haben sie noch keiner wissenschaftlichen Untersuchung gewürdigt.

## Die Bayern kommen!

Laurenbrecher, Marx und Riechle.

Bekanntlich wollen die Bayern ihren Zug gegen Berlin unter der Parole „Gegen den Marxismus!“ in Szene setzen. Und wenn ihnen ihr Plan glückt, dann werden eben nicht, wie Millionen Deutsche geglaubt haben, die Franzosen, sondern die Bayern in Berlin einziehen und einer der ersten, die sie am Brandenburger Tor empfangen werden, dürfte Herr Marx Laurenbrecher, der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, sein, derselbe, der mit seiner berühmten „Hohenzollern-Legende“ den Hohenzollern den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Laurenbrecher hat aber auch andere Dinge auf dem Kerbholz. So hat er im Jahre 1912 im Verlag von Diederichs ein Buch „Das Leid“ herausgegeben, das seinerzeit einen umfangreichen Leserkreis gefunden hat. Dieses Buch aber ist, wie auf dem Widmungsbogen vermerkt, ausdrücklich „dem Ineinanderströmen von Karl Marx und Friedrich Riechle“ gewidmet. Gewiß wird Herr Laurenbrecher nicht sehr entzückt davon sein, heute daran erinnert zu werden, aber wenn die Bayern den Marxismus vernichten wollen, dann müßten sie mit Marx Laurenbrecher den Anfang machen, der für

die Ausbreitung der marxistischen Ideen, wie die Beispiele lehren, nicht wenig beigetragen hat.

Jammer, Elend und Rot.

Im östlichen Bayern, zwischen Bayerischem und Böhmerwald, liegen im Bezirksamte Cham, zur Gemeinde Schorndorf gehörig, drei sogenannte Einden, einzeln liegende Gehöfte mit je 4-10 Einwohnern, die die merkwürdigen und melancholisch klingenden Namen „Jammer“, „Elend“ und „Rot“ tragen. Woher diese eigenartigen Ortsbezeichnungen stammen, hat bisher einmündig nicht festgestellt werden können. Man nimmt aber an, daß sie auf ein uraltes katholisches Gebet zurückzuführen, das anfängt: „Vor Jammer, Elend und Rot bewahre uns, o Herr“. Anstatt nun aber sich damit abzufinden, scheint Bayern die Absicht zu haben, Jammer, Elend und Rot auf das ganze Deutschland zu übertragen. Was ob wir davon seit zehn Jahren nicht gerade genug hätten.

Inserat.

Blaue Brille zu kaufen such

Ludendorff.

„Henry Ford.“ Man schreibt uns: In seinen Ausführungen über den Autokönig Ford hat Genosse Möbus bereits einige Einschränkungen gemacht, die vom sozialistischen und gewerkschaftlichen Standpunkt gegenüber der Person und dem Wirken Fords geboten sind. Es erscheint mir notwendig, diese einschränkenden Bemerkungen zu ergänzen, zumal aus der Parallele zwischen Ford und Robert Owen der Eindruck entstehen könnte, als ob der amerikanische Autokönig auf eine Stufe mit dem großen englischen Sozialreformer gestellt wird. In einem kürzlich erschienenen Buche des früheren Generalsekretärs Henry Fords, Louis Paul Bohner, „Die staatsmännischen Experimente des Autokönigs Henry Ford“ (München, Verlag für Kulturpolitik) fällt der Verfasser auf Grund intimer Kenntnis der Person Fords folgendes Urteil über ihn:

„Man kann sich der Schlussfolgerung nicht enthalten, daß Henry Ford die große Idee, deren Verwirklichung er ins Leben gerufen, (gemeint ist hier die Friedensexpedition, die Ford gemeinsam mit Lochner nach Europa unternahm) nie völlig befaßt, und daß sein Friedensselbst, ebenso wie seine antisemitische Propaganda, seine sonstigen politischen Aspirationen, seine kühnen Versuche einer Finanzreform, nur der vorübergehenden Laune eines Mannes entsprangen, der, gebendel von seinen Erfolgen als Erfinder und Großindustrieller, seine Fähigkeiten stark überschätzte, als er sich in ein finanzielles Verfehlen und können voraussehendes Unternehmen einließ.“

Auch Maxim Gorli, der zu dem Lochnerschen Buch ein schönes Normot geschrieben hat, nennt Ford den „Don Quixote der Vereinigten Staaten“. Dieses Urteil erscheint angehts der politisch reaktionären Einstellung Fords, der noch unwiderprochenen Redungen den Hitlerbanden finanzielle Unterstützung gestehen haben soll, als zu mäßig.

Die Arbeiterkassendruckerei, Paterbergstraße 39, veranfaßt heute abend 7 1/2 Uhr einen Volksabend des Volksquartetts „Fonfara“. Eintritt: 1 Straßendahnfahrt oder 2 Preßklopfen. Arbeitlose frei.

## Die Militärkontrolle.

Paris, 9. November. (WZ.) Die Vorkonferenz hat sich heute vorläufig erneut mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigt. Der Sitzung wohnten bei Marshall Foch und sein Generalstabschef General Deslaur, sowie der englische Militärattaché General Sadeville-West. Im Gegensatz zu der heute mittag von Havas verbreiteten Meldung, wonach die Vorkonferenz Instruktionen an General Nollet vom 3. Oktober und 3. November veröffentlichten werde, ist in Wirklichkeit beschlossen worden, den Wortlaut der beiden vom 3. Oktober und 3. November datierten Schreiben der Vorkonferenz an den deutschen Geschäftsträger in Paris zu veröffentlichen. Havas teilt dazu ergänzend mit, daß dieser Beschluß auf Intervention des englischen Botschafters Lord Crewe gefaßt worden sei, der auf diese Weise gegenüber den Falschmeldungen des Berliner Korrespondenten des Pariser „Journal“ über Form und Inhalt der Noten den richtigen Sachverhalt feststellen beabsichtigt. Der Berichterstatter hatte von ganz bestimmten Sanktionen gesprochen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, und das Blatt hatte dieser Meldung in Speerdruck einen sensationellen Anstrich gegeben.

### Vorlauf auf Frankreich kommt.

Frankfurt a. M., 9. November. (Mib.) Wie die Frankfurter Zeitung aus London meldet, erfordert die alliierte Militärnote sorgsamste Behandlung. Ein hochwichtigster Bericht des Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“ weist auf den plötzlich gesteigerten französischen Eifer in der Militärfrage hin und sieht stärkste polnische Agitation voraus, wenn Berlin sich weigert, der Note Folge zu leisten oder die Frist verstreichen läßt. In diesem Falle werde Poincaré unter der Parole, daß Frankreich selbst für seine Sicherheit sorgen müsse, neue Sanktionen erlassen, welche praktisch auf ein unbegrenztes Festhalten des Ruhrgebiets als dem deutschen Hauptziel hinauslaufen.

### Der Wortlaut der Note.

Paris, 9. November. (L.) Die Vorkonferenz hat heute beschlossen, zwei Briefe, die Poincaré am 3. Oktober und am 3. November an den deutschen Geschäftsträger von Höchst gerichtet hat, der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Der Brief vom 3. November hat folgenden Wortlaut:

Ich habe am 3. Oktober die Ehre, die deutsche Regierung im Namen der Vorkonferenz aufzufordern, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um der interalliierten Kontrollkommission die unverzügliche Wiederaufnahme ihrer Operation zu gestatten und zumal den franko-belgischen Offizieren dieser Kommission die Ausübung ihrer Tätigkeit wieder zu ermöglichen. Nach Ablauf eines Monats ist auf diesen Brief noch keine Antwort erfolgt. Da die Vorkonferenz erachtet, daß die deutsche Regierung jetzt in der Lage sein müßte, ihr die Maßnahmen mitzuteilen, die sie ergriffen hat, um ihrem Ersuchen stattzugeben, beehre ich mich, Ihnen in ihrem Namen mitzuteilen, daß sie eine Beantwortung des vorerwähnten Briefes bis spätestens 10. November für notwendig hält. Ich bitte Sie, schleunigst die gegenwärtige Note Ihrer Regierung zuzustellen.

Genehmigen Sie usw.

Poincaré.

Der zweite Brief vom 3. Oktober hat folgenden Wortlaut: Der Präsident der Vorkonferenz hat am 21. März 1923 und am 7. Juni 1923 die deutsche Regierung schriftlich aufgefordert, in Übereinstimmung mit Artikel 206 des Versailler Vertrages alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Aktion der interalliierten Militärkontrollkommission und des Garantiekomitees von jetzt ab

### voll und unter Vermeidung aller Zwischenfälle

zur Geltung kommen könne. Die deutsche Regierung hat dieser Mitteilung keinerlei Rechnung getragen. Tatsächlich haben die zuständigen Behörden, als der Präsident der interalliierten Militärkontrollkommission ihnen mitteilte, daß die Kontrollbesuche am 28. Juni wieder beginnen würden, sich geweigert, die Delegationen, zu denen französische oder belgische Offiziere zählen, zu empfangen. Auf diese Weise konnten von 11 vorgezeichneten Besuchen nur drei ohne Beteiligung franko-belgischer Offiziere ausgeführt werden.

Die alliierten Regierungen können, wie sie dies bereits im Briefe vom 7. Juni 1923 erklärten, nicht die Gründe anerkennen, aus denen die deutsche Regierung sich weigerte, die nötigen Anweisungen zu erteilen, damit die militärische Kontrolle wieder aufgenommen werden könne, insbesondere erkennen sie nicht das Recht der deutschen Regierung an, zwischen den Mitgliedern der interalliierten Kontroll- oder Garantiekommision je nach ihrer Nationalität einen Unterschied zu ziehen, da ein jedes Mitglied, gleichgültig welches seine Nationalität ist, sämtliche verbündeten Regierungen vertritt. Infolgedessen fordert sie die deutsche Regierung ein letztes Mal auf, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um eine

### sofortige und vollständige Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit

zu gestatten und zumal Maßnahmen zu ergreifen, damit die franko-belgischen Offiziere, wie ihre englischen, italienischen und japanischen Kollegen, die ihnen anvertraute Aufgabe erfüllen können.

## Ein schmutziges Mandat.

Die Schwerindustrie LL meldet aus Paris: Das Telegramm, das Poincaré gestern früh an seinen Botschafter in Hinblick auf die Möglichkeit einer militärischen Diktatur in Deutschland richtete, ist nach der Ansicht der Pariser Kreise nicht als offizieller Schritt von Regierung zu Regierung aufzufassen, sondern lediglich als Unterlage für den französischen Botschafter de Margerie zum Zwecke einer mündlichen Rücksprache mit dem Reichsfürstener Dr. Stresemann. Letzten Endes handelt es sich um eine Antwort auf eine Anfrage des Berliner französischen Botschafters, der, wie Souverain zuverlässig erzählt, kürzlich den Besuch von deutschen Linksparteien erhalten hat. (?) Diese haben von ihm Auskunft über die voraussetzliche Einstellung Frankreichs zu einer militärischen Diktatur. Es darf noch hinzugefügt werden, daß de Margerie Anweisung von Paris erhielt, die Ansichten Frankreichs allen Kreisen der deutschen Bevölkerung zu unterbreiten und sie antizipierend seines Besuchs bei Dr. Stresemann darzulegen.

Die hier wiedergegebene Meldung über den angeblichen „Besuch deutscher Linksparteien“ beim französischen Botschafter ist gänzlich erfunden. Das ganze Mandat, dem die LL ihre freundliche Hilfe leiht, läuft letzten Endes darauf hinaus, durch Lüge und Verleumdung die innerpolitische Lage zu steigern.

## Eine merkwürdige Verordnung.

Der Reichswehrminister erläßt unterm 9. November folgende Verordnung: „Das Verbreiten anderer als amtlicher Nachrichten über die Münchener Ereignisse wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Ausnahmeverordnung bestraft und führen zum Verbot der Zeitung.“

## Geldentwertungskuriosa.

Die beispiellose Entwertung des Geldes, die wir in den letzten Monaten und Wochen durchgemacht haben, hat manchmal ganz sonderbare Wirkungen. Mehrfach hat der „Vorwärts“ festgenommen, daß noch im Herbst 1923 winzigste Renten gezahlt wurden, deren Betrag längst nicht mehr zu einer einzigen Schmitte Brot pro Monat ausreichte. Manche dieser Rentengeschichte wirken fast belustigend, allerdings nur auf den Unbeteiligten, nicht auf den, der dabei Schaden hat.

Eine Frau, die im Postdienst einen Unfall erlitten hatte, bezog bis Ende September 1923 eine Rente von 76 Mark pro Jahr. Sechshundert Mark! Im September wurde sie zu einem Arzt beordert, damit er durch Untersuchung feststelle, ob nicht inzwischen die Unfallfolgen geschwunden seien, so daß ihr die Rente entzogen werden könnte. Die Kosten einer Fahrt zu dem Arzt und der Rückfahrt zu ihrer Wohnung erlegte man ihr im Voraus: sie beliefen sich damals auf „nur“ 80 000 Mark, das ist mehr als das Tausendfache der ganzen Jahresrente. Wir wissen nicht, ob der Arzt für solche Untersuchungen festes Gehalt bezieht oder Einzelhonorare berechnet. Trifft das letztere zu, so werden die Kosten dieses Rentenentziehungsvorganges wohl das Millionenfache der Jahresrente betragen, zumal da auch eine Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen nötig wurde. Daß man der Frau die Rente tatsächlich entzog, war bei der damaligen „Höhe“ ein Gewinn für sie. Sie spart seitdem die Abholung, die nur Stiefelsohlen gekostet hätte.

## Parteienossen!

Uns zugegangene Nachrichten belagern, daß verschiedene Polizeiinspektionen Meldungen zum Eintritt in die Schutzpolizei zurückgewiesen haben. Nach Rücksprache mit dem Kommando beruhen die Zurückweisungen auf einem Mißverständnis, welches inzwischen behoben ist. Da nun noch Stellen zu besetzen sind, eruchen wir alle Genossen, welche den bereits veröffentlichten Bedingungen entsprechen, sich erneut zu melden.

Bezirksverband der BSWD. Groß-Berlin.  
Fritz Koch.

Das Mißverhältnis zwischen Geldansprüchen, die auf ihrer früheren geringen Höhe stehen geblieben sind, und den inzwischen ins Riesenhafte gestiegenen Post- und Verkehrstarifen spielt in einem anderen Fall eine Rolle. Ein Apotheker, der bei den Unruhen im März 1919 seine Apotheke als Verbodraum für die Reichswehr hergeben mußte und auf der Straße einem verwundeten Reichswehrsoldaten erste Hilfe leistete, wurde nach seiner Apotheke zurückgehend selber infolge eines Verstoßes von der Reichswehr angeschossen. Da ein Lungenschuß ihn für ein halbes Jahr arbeits- und erwerbsunfähig machte, klagte er auf Schadenersatz. Eine Entschädigung hat er bis heute nicht erhalten, aber vor einigen Tagen ging ihm vom Versorgungsamt Berlin IV folgender Bescheid zu: „Bezugnehmend auf das heutige telefonische Gespräch wird Ihnen mitgeteilt, daß Sie an Versorgungsangelegenheiten zu erhalten haben: für die Zeit vom 1. 4. 20 bis 30. 9. 20, sechs Monate a 84,40 M. = 506,40 M., für die Zeit vom 1. 10. 20 bis 31. 12. 20, drei Monate a 63,45 M. = 190,35 M., für die Zeit vom 1. 1. 21 bis 31. 3. 21, drei Monate a 95,85 M. = 287,55 M., zusammen 984,30 M. Außerdem werden Ihnen erstattet die von Ihnen angegebenen Kosten für Pflege in der Klinik 341,57 M., die laut Schreiben vom 2. 8. 22 ausgeführten Ausgaben 164,60 M., zusammen 1490,77 M., rund 1491 M. Von einer Ueberweisung dieses Betrages an Sie nimmt das Amt der Beringsfähigkeit wegen Abstand. Sollte Ihnen jedoch trotzdem an der Ueberweisung vorstehenden Betrages gelegen sein, so wollen Sie dieses nach hier mitteilen.“ Die Unbefähigkeit, mit der das Versorgungsamt selber auf die „Beringsfähigkeit“ des Ueberlebenden längst nicht mehr lohnenden Betrages hinweist, ist lässlich.

Noch amüsanter, aber wieder nur für den Unbeteiligten, ist ein dritter Fall, der ein Bankguthaben betrifft. Bei Kriegsausbruch hinterlegte ein Kriegsteilnehmer seine gesamten Ersparnisse in Höhe von 10 000 Goldmark bei der Preußischen Staatsbank als der vermeintlich sichersten Stelle, und er ließ sie dort auch nach dem Kriege, weil er die kommende Geldentwertung nicht ahnte. Jetzt meldet ihm die Staatsbank, daß sie sein Guthaben — gegen die entstandenen Spesen verrechnet hat. Dabei sind die gesamten Ersparnisse draufgegangen, ja er müßte eigentlich noch etwas dazugablen, wenn nicht die Bank das noch ungedeckte bleibende Mehr an Kosten ihm „großmütig“ erlassen hätte. Sie schrieb ihm: „Wir betrachten Ihr Konto als endgültig erledigt und sehen entgegenkommend von der Einforderung des uns für dieses Schreiben noch zustehenden Portokostens ab.“ Auch die Betonung dieses „Entgegenkommens“ nicht auf den entzogenen „Sparer“ wie hoch wirken?

## Zurückgehende Kaufkraft.

### Aus der Generalversammlung des Berliner Konjunktur.

Die Generalversammlung der Konjunkturgenossenschaft Berlin und Umgegend, die kürzlich stattfand, nahm zunächst den Jahresbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats entgegen. Besondere Beachtung fanden in dem Referat des Sekretärs Hajek die Schwierigkeiten der Warenbeschaffung, hervorgerufen durch die rasende Geldentwertung, als deren Folge Substanzverminderung und Preissteigerung in die Erscheinung treten. Der gedruckte Geschäftsbericht über das 24. Geschäftsjahr 1922/23 weist einen Jahresumsatz von über 45 Millionen aus. Bemerkenswert ist, daß der Umsatz an Festwaren der Menge nach sich gegen das Vorjahr, trotz geringerer Mitgliederzahl, um 8,93 Proz. verringert hat, ein Beweis für die zurückgehende Kaufkraft der Mitglieder und die damit verbundene Herabdrückung der Lebenshaltung. Von den Produktbetrieben hat die Bäckerei ein sehr günstiges Ergebnis aufzuweisen; stieg doch der Rohmaterialverbrauch um 32,79 Proz. gegenüber dem Vorjahr. Der Personalbestand vermehrte sich von 2562 auf 2582, die Mitgliederzahl stieg von 139362 auf 163688 (neu eingetreten sind 28 000 Personen). Der Reingewinn betrug sich auf 42 662 435 M.; er wird restlos den Reserven überwiesen. Als Rücklage für Ersatzbeschaffungen sind außerdem 500 Millionen in die Bilanz eingestellt. Die Rückverteilung an die Mitglieder beträgt 2 Proz. des Umsatzes (904 437 438 M.). Die Genehmigung der Bilanz seitens der Generalversammlung erfolgte einstimmig, ebenso die Entlastung des Vorstandes. Eine von kommunikativer Seite eingebrachte Resolution, ein Sammelverbot von allen möglichen und unmöglichen Forderungen enthaltend, deren Befreiung allen eine Bitterstelle in Anspruch nahm, verfiel der Ablehnung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats berichtete über die Beschäftigungsverhandlungen mit dem Konjunktur-„Korridor“, Spandau. Die Generalversammlung stimmte im Prinzip der für den 1. Februar 1924 in Aussicht genommenen Uebernahme der Spandauer Genossenschaft zu. Die Wahlen zum Aufsichtsrat hatten folgendes Ergebnis: Abgegeben 401 Stimmen, davon 2 ungültig. Auf die „Genossenschaftsverbände“ (BSWD.) entfielen 205, auf die kommunikativen Verbände 196 Stimmen. Als gewählt gelten: Paul Beyer, Franz Walter, Carmen Holz, Friedrich Stache, Robert Benzner (BSWD.-Liste), Hubrig und Heinrich (KPD.-Liste). Ein Antrag der Verwaltung, den Geschäftsantritt den veränderlichen Verhältnissen erneut dadurch anzupassen, daß er auf 250 Milliarden Mark festgelegt werde, fand gegen drei Stimmen Annahme, hingegen verfiel ein aus der Mitte der Verwaltung gestellter Antrag, die Verwaltung zu ermächtigen, etwa

(später notwendig werdende Erhöhungen selbständig vorzunehmen zu können, falls Einstimmigkeit in der Verwaltung bestehe, der Ablehnung.

## Zahlungsunfähigkeit der Krankenkassen!

Ueber die Krankenkassen ist infolge des weiteren Fortschrittes der Geldentwertung eine neue Krisis heringebrochen, die alle früheren an Schwere zu übertreffen scheint. Die Ärzte fordern Honorare, die für die Kassen eine bei ihren jetzigen Einnahmen kaum noch tragbare Last bedeuten, und die Apotheker erklären, daß sie die Arzneien für die Kassenmitglieder nicht mehr auf Kredit geben können.

Eine Korrespondenz meldet, daß die Verhandlungen der Berliner Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen vorläufig zu keiner Einigung geführt haben. Die Krankenkassenvertreter sollen sogar erklärt haben, sie könnten zurzeit nicht einmal die jetzt vereinbarten Honorare zahlen und bei Zulage einer Honorarerhöhung müßten sie nur mit noch größeren Summen im Rückstand bleiben. Sie sollen aber in Aussicht gestellt haben, daß sie die Ärzte nach Goldmark honorieren werden, sobald sie selber Einnahmen aus Goldbänken erhalten. Die Apotheker fordern wertbeständige Bezüge, damit nicht die Geldentwertung ihnen die Neubeschaffung von Arzneien unmöglich macht. Sie haben den Kassenmitgliedern bereits die Hergabe von Arzneien auf Kassenkredit verweigert, so daß die Kranken entweder die Arzneien aus eigener Tasche zu zahlen haben oder auf die Arzneien verzichten mußten. Die meisten Kranken werden bei der jetzigen Notlage vieler Familien nicht imstande sein, die Arzneien selber zu bezahlen. Daß dieser die Volksgesundheit aufs schwerste gefährdende Zustand nicht fortbauern darf, bedarf wohl keines Beweises.

## Die Ermordung eines Amerikaners.

### Ein Engländer auf der Anklagebank.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute früh vor dem Schwurgericht III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dinesorge die Verhandlung gegen den Engländer Norman Pellin und Maria Marianst. Pellin wird beschuldigt, gemeinsam mit dem nicht ermittelten Mittd Müller-Wieczynski und der Margarete Grieser den Amerikaner Nowak im Januar d. J. ermordet zu haben.

Die Tat ist durch Vergiftung ausgeführt worden. Die Marianst hat nach verübter Tat von ihrem Geliebten Pellin 55 Dollar erhalten, nachdem sie von dem Raub Kenntnis bekommen hatte. Sie ist wegen Hehlerei und Begünstigung angeklagt. Der Angeklagte Pellin, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, ist ein kleiner, schwächlicher Mann von sehr jugendlichem Aussehen; er spricht ziemlich gut deutsch mit etwas englischem Akzent. Die Marianst ist ein 20jähriges, sehr hübsches Mädchen, die Tochter eines Bergmanns aus Gelsenkirchen. Pellin ist 1897 in New Castle in England geboren und der Sohn eines Rabbiners. 1920 ist er nach Deutschland gekommen, hat die verschiedenartigsten deutschen Waren angekauft und nach England ausgeführt. Seit April 1922 war er ununterbrochen in Deutschland. Die Marianst habe er im November 1921 im Café Stern in Berlin kennengelernt. Im Juli 1922 habe er auch den Amerikaner Nowak getroffen, der ebenfalls geschäftlich in Deutschland tätig war. Ende September sei er nach Amerika gefahren, und er habe ihn erst am 11. Januar d. J. in Berlin wiedergegesehen. Nowak habe die Damenverfälschung. Die Grieser habe er schon im August durch seinen damaligen Vertreter Busch kennengelernt, der mit ihr längere Zeit ein Verhältnis gehabt habe. Der Vorstehende geht dann auf den Fall Grenzspach ein. Hierüber gibt der Angeklagte folgendes an: Er sei mit Grenzspach im April 1922 bekanntgeworden und sei von ihm eines Tages im Oktober nach dem Rheingold bestellt worden. Dort sei Grenzspach mit der Grieser und Müller zusammen gewesen. 2 Tage später traf ich Grenzspach sein Gesicht war schwarz und verbrannt. Auf meine Frage sagte er, daß das Mädchen ihn mit einer Trüffelzeit besprengt habe und dann einen Kreditbrief über 3000 Dollar mitgenommen habe. Ich habe ihn dann zur Klinik gebracht. Den Kreditbrief ließ ich sperren. Müller behauptete, daß es sich nur um einen Scherz gehandelt habe.

## 4 Goldmark Schulgeld.

Das Schulgeld an den höheren Lehranstalten — einschließlich der Aufbauschulen und Aufbausklassen — beträgt vom 16. November ab vier Goldmark monatlich, für die zweite Hälfte des Monats November also zwei Goldmark. Für Zahlungen in Papiermark ist der Stand der Goldmark nach der amtlichen Berliner Notierung von dem dem ersten jedes Monats nächstvorhergehenden Werktag, für die zweite Hälfte des Monats November nach der Notierung vom 15. November zu berechnen.

## Der geschlossene Sprechabend des „Deutschen Herold“.

Der „Deutsche Herold“ ist am Tage des Hitler-Lubendorff-Buches unermüdlich tätig. Diese deutschsozialistische Gruppe war am 9. November in die Briefkästen der Berliner Vororte zum Aufruf: „Was willst du deutscher Mann?“ und die „Internationale erkämpft das Menschenrecht“. „Geldausweise“ für die geschlossenen Sprechabende des „Deutschen Herold“ sind zugleich verteilt worden. In der Zeit geradezu erschreckender Papierpreise leisten sich ganz keine Berliner Vororte besondere Finoblätter! Den Flugblättern ist der keine Zeitel beigelegt worden: „Männer und Frauen, kauft Ihr noch? Wollt Ihr uns nicht endlich helfen herauszukommen aus dem Sumpf? Es spricht der Führer der völkischen Kampfgenossenschaft Fahrenhorst, wenn er inzwischen nicht wieder verhaftet wird.“

Der rührigen Anhänger der Hochverräter Lubendorff-Hitler wird das Beschwörerbuchwerk sehr bald gelegt werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das wertbeständige Geld der Stadt Berlin lautet auf 1 und 1/2 Dollar. Das sind 4,20 und 1,05 M. Einzelne Geschäfte rechnen, wie der Magistrat mitteilt, den 4-Dollarschein nur mit 1 Mark statt mit 1,05. Das ist eine Bereicherung auf Kosten des Publikums, die um so ungerechter ist, als andere Geschäfte bei Zahlung mit wertbeständigem Geld sogar 10 Proz. Rabatt geben. — Firmen, die so das Publikum schädigen, sollen künftig öffentlich bekanntgegeben werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksverband für Arbeiterwohlheit. Montag, den 12. November, abends 8 Uhr. Ballversammlung aller Funktionäre im Frauentempel der BSWD. Rathaus Nummer 100, Eing. Albrecht, 8 Fr. Tagesordnung: 1. Maßnahmen des Magistrats gegen die Not. 2. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 3. Kassenbericht der Berliner Frauen. 4. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 5. Kassenbericht der Berliner Frauen. 6. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 7. Kassenbericht der Berliner Frauen. 8. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 9. Kassenbericht der Berliner Frauen. 10. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 11. Kassenbericht der Berliner Frauen. 12. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 13. Kassenbericht der Berliner Frauen. 14. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 15. Kassenbericht der Berliner Frauen. 16. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 17. Kassenbericht der Berliner Frauen. 18. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 19. Kassenbericht der Berliner Frauen. 20. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 21. Kassenbericht der Berliner Frauen. 22. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 23. Kassenbericht der Berliner Frauen. 24. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 25. Kassenbericht der Berliner Frauen. 26. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 27. Kassenbericht der Berliner Frauen. 28. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 29. Kassenbericht der Berliner Frauen. 30. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 31. Kassenbericht der Berliner Frauen. 32. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 33. Kassenbericht der Berliner Frauen. 34. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 35. Kassenbericht der Berliner Frauen. 36. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 37. Kassenbericht der Berliner Frauen. 38. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 39. Kassenbericht der Berliner Frauen. 40. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 41. Kassenbericht der Berliner Frauen. 42. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 43. Kassenbericht der Berliner Frauen. 44. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 45. Kassenbericht der Berliner Frauen. 46. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 47. Kassenbericht der Berliner Frauen. 48. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 49. Kassenbericht der Berliner Frauen. 50. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 51. Kassenbericht der Berliner Frauen. 52. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 53. Kassenbericht der Berliner Frauen. 54. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 55. Kassenbericht der Berliner Frauen. 56. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 57. Kassenbericht der Berliner Frauen. 58. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 59. Kassenbericht der Berliner Frauen. 60. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 61. Kassenbericht der Berliner Frauen. 62. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 63. Kassenbericht der Berliner Frauen. 64. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 65. Kassenbericht der Berliner Frauen. 66. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 67. Kassenbericht der Berliner Frauen. 68. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 69. Kassenbericht der Berliner Frauen. 70. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 71. Kassenbericht der Berliner Frauen. 72. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 73. Kassenbericht der Berliner Frauen. 74. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 75. Kassenbericht der Berliner Frauen. 76. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 77. Kassenbericht der Berliner Frauen. 78. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 79. Kassenbericht der Berliner Frauen. 80. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 81. Kassenbericht der Berliner Frauen. 82. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 83. Kassenbericht der Berliner Frauen. 84. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 85. Kassenbericht der Berliner Frauen. 86. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 87. Kassenbericht der Berliner Frauen. 88. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 89. Kassenbericht der Berliner Frauen. 90. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 91. Kassenbericht der Berliner Frauen. 92. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 93. Kassenbericht der Berliner Frauen. 94. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 95. Kassenbericht der Berliner Frauen. 96. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 97. Kassenbericht der Berliner Frauen. 98. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz. 99. Kassenbericht der Berliner Frauen. 100. Berichterstatter: Gemollin Helene Schmitz.

# Der Sealmantel.

## Die Geschichte eines raffinierten Chloroformüberfalles.

Ein geheimnisvoller Raubüberfall in der Droschke, der in der Nacht zum 1. November verübt wurde, ist jetzt von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Zwischen 1 und 2 Uhr jener Nacht kam der Kutscher einer Pferdewagen mit seinem Gespann vor einer Revierwache im Zentrum vorgefahren und berichtete, daß sein Fahrgast, eine ihm unbekannt Dame, besinnungslos in der Droschke liege. Die Dame wurde auf der Wache ins Leben zurückgerufen.

Die Kriminalpolizei ermittelte sehr bald als den Täter, der zweifellos noch andere ähnliche bereits gemeldete Überfälle auf dem Kurbahnhof hat, einen 30 Jahre alten Kaufmann Ferdinand Boas, der seit drei Jahren mit seiner Geliebten, einer 22 Jahre alten Käthe Zappen im Reich umherzog und von Hochstapeleien lebte. Seit drei Monaten wohnte das Pärchen in einem Pensionat im alten Wiesen. Am Mittwochabend war seine Helferin unpäßlich, und er gewann eine Martha Kamm, die mit ihm im Pensionat wohnte, dazu, ihre Stelle zu vertreten. Ihr Auftrag bestand darin, in irgendeinem Lokal eine Dame mit kostbarem Pelzwerk anzusprechen und mit Boas bekanntzumachen. So geschah es auch in der Nürnberger Straße. Die „Stellvertreterin“ erzählte der Dame, in der Potsdamer Straße gebe es ein Lokal, das wohl das interessanteste in Berlin sei und das aufzufuchen sich lohne. Die Dame nahm den Vorschlag an, der Kutscher, Herr Boas, bestellte eine Droschke, in der alle drei Platz nahmen. In der Nähe des Bülowplatzes packte er plötzlich das Pferd an der Kehle, preßte ihm mit Hilfe der Kamm ein mit Chloroform getränktes Tuch in den Mund und auf das Gesicht, entleibete es des kostbaren Sealmantels, nachdem es die Besinnung verloren hatte, und nahm ihm auch die Handtasche weg. Dann stieg er auf der einen Seite aus und entlohnte den Kutscher, während die Kamm auf der anderen Seite den Wagen verließ, nachdem sie den geraubten Mantel angezogen hatte. So sah der Kutscher nichts von dem Wechsel des Mantels. Boas kehrte mit seiner Helferin sofort in das Pensionat zurück und fuhr mit ihr und seiner Geliebten nach Dresden. Von dort schickte er die beiden „Damen“, nachdem er den geraubten Mantel gleich verkauft und einen Teil des Erlöses seinen Begleiterinnen abgeben hatte, nach Berlin zurück, während er selbst, wie er sagte, nach Wiesbaden zum Rennen fahren wollte. Bei ihrer Ankunft in Berlin wurde Fräulein Zappen und ihre Stellvertreterin sofort festgenommen. Beide legten ein Geständnis ab.

## Um die Speisewagen.

Der Betriebsrat der Mitropa Groß-Berlin bittet um Aufnahme der folgenden gegen das Reichsverkehrsministerium gerichteten Erklärung: „Bezugnehmend auf die vor kurzer Zeit durch die Presse von Seiten des Reichsverkehrsministeriums gegangene Mitteilung, daß auf Grund zu erzielender Ersparnisse die Entlassung von Speisewagen aus weiterverkehrenden D-Zügen notwendig wäre, weil die Speisewagen als Luxusbetrieb zu bewerten seien, gestatten wir uns der Deffektivität folgendes mitzuteilen: Seit ungefähr 30 Jahren laufen in fast allen D-Zügen Speisewagen, deren Betrieb sich einer zunehmenden Beliebtheit bei dem reisenden Publikum erfreut. Beinahe alle Jahre wird unsere Belegschaft durch die Stilllegung des Betriebes von Entlassungen bedroht. Auch dieses Jahr geht man wiederum dazu über und entläßt über 50 Proz. alte, erfahrene Mitropa-Arbeiter (Fahrpersonal). Daß der Speisewagenbetrieb nicht als Luxusbetrieb angesehen werden darf, sondern als notwendiges Bedürfnis, zeigt schon daraus, daß speziell in letzter Zeit auf Grund der äußerst niedrig gehaltenen Preise für alle verabfolgten Speisen und Getränke die Speisewagen in allen D-Zügen lebhaft in Anspruch genommen werden. Aus den Speisen- und Getränkearten der Speisewagen ist zu ersehen, daß am 31. Oktober d. J. eine Suppe mit 2 Milliarden, eine Portion Heubrot mit 1 1/2 Milliarden, eine Portion Kalbsbraten mit 19 Milliarden und eine Portion Kaffee mit 3 1/2 Milliarden berechnet wurden. Im Gegensatz zu anderen gleichgestellten Gastwirtschaftsbetrieben wird ein prozentualer Zuschlag für Bedienung nicht erhoben; das gesamte Personal der Mitropa wird fest entlohnt. Zu den gemeinschaftlichen Mahlzeiten werden die üblichen Zutaten, wie Kartoffelsalat, Gemüse und Kartoffeln in einer beliebigen Menge gereicht, so daß dem Gast tatsächlich ein Sattessen ermöglicht wird. Die starke Inanspruchnahme der Speisewagen gerade durch Reisende der dritten Klasse beweisen, daß der Speisewagenbetrieb keinesfalls als Luxusbetrieb zu bewerten ist.“

## „Spekulation mit Goldanleihe aus Steuereingängen.“

Zu der in der Nummer 519 vom 6. November 1923 des „Vorwärts“ unter der obigen Epigraphe wiedergegebenen Veröffentlichung sendet uns der Präsident des Landesfinanzamts Groß-Berlin (Unterchrift unleserlich) folgende Erwiderung:

Ende Oktober, als die Goldanleihe noch weniger begehrt war, hatte die Kasse des Zentralfinanzamts (I) auf Drängen Steuerpflichtiger einige wenige Stücke Goldanleihe in Zahlung genommen, obwohl Vereinnahmungsvorschriften hierüber noch nicht ergangen waren. Um die Wahrungszweifel zu beseitigen, hat die Kasse die Stücke einer Anzahl Beamter aller Dienstgrade zum Eintausch gegen Vopiermark angeboten, die sie zum Tageskurs übernommen haben. Erst später legte die Goldanleihebestreuer ein und hatte zur Folge, daß die erwähnten Beamten einen unbeabsichtigten Vermögensvorteil erlangten. Da durch Erlaß des Reichsfinanzministers vom 2. November 1923 allgemein angeordnet ist, daß diejenigen Beamten, die Gehalt in Goldanleihe gezahlt erhalten haben, insofern an der nächsten Kassezahlung nicht teilnehmen sollen, und diese Vorschrift auch auf die hier in Betracht kommenden Beamten angewandt worden ist, ist dieser ursprüngliche Vorteil zum Teil sogar in einen erheblichen Nachteil verwandelt worden. Weder lag somit, wie der Artikel behauptet, eine Spekulationsabsicht der beteiligten Beamten vor, noch ist der Fiskus geschädigt, noch bestand ein ausdrückliches Verbot, gegen das die Beamten verstoßen hätten.

Unsere Mitteilung, daß obere Beamte in Reichsmark empfangenen Gehalt über den Kassentisch hinweg in Goldanleihe aus Steuereingängen umgetauscht haben, ist also nicht bestritten. Unseres Erachtens dürfte auch der Herr Präsident des Landesfinanzamts kaum in der Lage sein, festzustellen, ob eine Spekulationsabsicht bei den Beteiligten vorhanden war oder nicht.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kobbilanz.

Vom 9. November 1923.

**Wirtschaftlich:** Krise, Betriebsstilllegungen, Betriebsbeschränkungen, d. h. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Hohe Lebensmittelpreise, niedrige wertunbeständige Löhne. Das Volk muß hungern bei vollen Scheunen.

**Politisch:** Reaktion. Ausnahmezustand, Rechtsruck in Bayern. Faschisten, Kommunisten in den von deutschen und bayerischer Reichswehr besetzten Gebieten, Separatisten in den vom französischen Militarismus besetzten Gebieten. Unterdrückung überall.

**Sozialpolitisch:** Arbeitszeitgesetzentwurf. Fortwährender Arbeiterrecht- und Arbeiterschutzkampf — in der Schweiz. Kranken- und Unfallversicherung vor dem Zusammenbruch. Alters- und Invalidenrenten zum Verhungern. Ziel „freies Spiel der Kräfte“, der Unternehmer soll wieder Herr im Hause sein. Abbau aller „hemmenden“ Vorschriften; dann „Wiederaufbau der Wirtschaft“.

**Gewerkschaftlich:** Bähmung, finanziell durch Geldentwertung und Arbeitslosigkeit, innerlich durch kommunistische Zersetzung. Statt uneingeschränktem Vertrauen und eifriger Mitarbeit, Schimpereien über Verrat, und Quertreiberei. Verzweiflungstimmung statt Entschlossenheit zur Interessendurchsetzung auf dem Boden gewerkschaftlichen Kampfes.

**Kulturell:** Graues Elend. Keine Kohlen für den Winter und keine Kartoffeln. „Ersparung“ der Beleuchtung und der Heizung. „Ersparung“ der Zeitung. Zusammenschneidung der Gewerkschaftspressen, Ersparung der Bücherbeschaffung. Abbau der Bildungsinstitutionen, „Abbau“ auf allen Gebieten. Unterernährung. Verhungern der Greise und der Kinder. Die Besessenen verweigern die nötigen Steuern, bereichern sich am Elend und lassen sich um Wohlthätigkeit ansehen. Nur die gekaufte „Wissenschaft“ blüht noch und der Bapersport. Aberglaube verdrängt Aufklärung, Gewalt tritt Recht. Kriegsfolgen.

Ein Menschenalter hindurch wurde der Arbeiterkampf gepredigt: Bereinigt Euch! Werdet einig, bleibt einig in der Bekämpfung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das wollten viele vor fünf Jahren plötzlich begriffen haben. Selbsttäuschung. Auch das Wenige, das der üble Lehmeister Krieg sie gelehrt, haben sie längst wieder vergessen. Sie glaubten ernten zu können, wo sie nicht gesät hatten. Ihren Irrtum sahen sie nicht ein.

Es ist Zeit zur Selbstbefinnung. Heraus aus der Beihargie, heraus aus der Verzweiflungstimmung, heraus aus der Weltrevolutionsromantik, der der Achtstundentag als viel zu lang erschien! Fort mit den „Einheitsfront“-Vorwahlen, zur Einheitsfront! Uns hilft kein Gott und kein Moskauer, wir müssen uns selber helfen. Nicht die Verzweiflung darf uns dabei leiten, sondern die Erkenntnis, die zielbewusste Entschlossenheit. Noch ist es nicht zu spät, aber es ist höchste Zeit!

## Achtung, freigezweckliche Betriebsräte!

Durch Verordnungen der Reichsregierung sind folgende Neuerungen im Arbeiterrecht eingetreten:

Durch Verordnung vom 13. Oktober 1923 sind die §§ 12 bis 15 der Verordnung vom 12. Februar 1920 aufgehoben, d. h. Einzelentlassungen können auch ohne Arbeitsstreckung vorgenommen werden. Ist eine Verfüzung des Arbeitszeit geplant, kann sie nur auf Grund § 78. II. ArbZ. durchgeführt werden.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Stärke ist nur noch § 74, und zwar wie bisher, vorzunehmen.

Bei Entlassungen, die unter die Verordnung vom 8. November 1920 fallen, kann nur der Demo die Arbeitsstreckung anordnen. Ebenso werden die Entlassungen selbst nur mit Genehmigung des Demo wirksam; sie sind auch unwirksam, wenn der Anzeigepflicht nicht genügt ist.

Mit obigen Änderungen gelten die Verordnungen vom 12. Februar 1920 und 3. November 1920 über den 31. Oktober 1923 hinaus.

Für den Bereich des preussischen Staates ist vom Handelsminister Erlaß eine Anweisung (23. 10. 23) an die Demobüro-machungsmassnahme ergangen, vor Fällung eines Urteils über Betriebsabbruch oder -stilllegung unbedingt die Betriebsvereinigungen heranzuziehen; ebenso sind die Gewerkschaften rechtzeitig zu benachrichtigen, um sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Eine wesentliche Änderung bringt die Verordnung vom 30. Oktober 1923 („Reichs-Gesetzblatt“ Nr. 111 vom 2. November 1923, Seite 1043) über Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte.

Die Kammern des Schlichtungsausschusses werden von einem Unparteiischen und je zwei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet, nicht mehr drei Beisitzern. Die Unparteiischen werden von der obersten Landesbehörde ernannt, die auch die Beisitzer auf Vorschlag der Vereinigungen der Arb. und ArbZ. bestellt.

Daneben bestellt der Reichsarbeitsminister Schlichter, welche die Schlichtung von Streitigkeiten durchzuführen haben, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind. Schlichtungsausschüsse und Schlichter werden auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen gebildet. Für die Verbindlichkeit eines Schlichterspruches des Schlichtungsausschusses ist der Schlichter zuständig.

In den Fällen der §§ 39 Abs. 2, 41, 43, 44 Abs. 1 und 4 Satz 2, 52 Abs. 1, 53, 56 Abs. 2, 60, 80 Abs. 2, 82 bis 90, 93, 97, 98 des Betriebsrätegesetzes sind die Arbeitsgerichte ausschließlich zuständig.

Sis zur Errichtung allgemeiner Arbeitsgerichte gelten als Arbeitsgerichte: Für Handlungsbefehl und Handlungsbefehlsklage die Kaufmannsgerichte, im übrigen die Gewerbe- und Handwerksgerichte. An den Orten ohne Gewerbe- und Handwerksgerichte sind die Arbeitsgerichte ausschließlich zuständig. Eine Berufung gegen das Urteil

des Arbeitsgerichts gibt es in diesen Fällen nicht. Die Arbeitsgerichte treten ab 1. Januar 1924, wenn der Reichsarbeitsminister nichts anderes bestimmt, in Kraft.

Am gleichen Termin treten die §§ 15 bis 30 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Arbeitsgesetz) und 22 bis 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 außer Kraft.

## Zur Hausangestelltenfrage.

Der Kampf der Hausangestellten um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund getreten. Die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten, Wohnung, Befestigung, Arbeitszeit, Behandlung, Entlohnung und Freizeit lassen in sehr vielen Fällen noch allerlei zu wünschen übrig. Die Befehlsordnungen sind zwar abgeschafft, doch hat man sich in Arbeitgeber-, d. h. Hausfrauentreffen an das neue Recht der Hausangestellten noch nicht so recht gewöhnen können. Namentlich bleibt hinsichtlich einer menschenwürdigen Behandlung der Hausangestellten im allgemeinen noch vieles zu wünschen übrig. Auf diese Verhältnisse ist es zurückzuführen, wenn eine große Zahl aller, langjährig gebienter Hausangestellten ihrem Berufe nach und nach den Rücken dreht und in Industrie und Gewerbe ein Unterkommen bei geregelter Arbeitszeit und besserer Entlohnung suchen. Daher denn auch die Klage der Hausfrauen über einen fühlbaren Mangel an tüchtigen Hausangestellten.

Inzwischen haben sich die Dinge geändert. Die industrielle Konjunktur steht im Zeichen der Krise. Viele arbeitslose Frauen und Mädchen aus der Industrie und dem Handelsgewerbe bemühen sich wieder um Beschäftigung als Alleinmädchen oder einen sanftigen Posten im Haushalt. Sie benutzen ziemlich zahlreich den öffentlichen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin für weibliches Hauspersonal, wodurch der Anschein erweckt wird, als sei nun der Mangel an Hausangestellten wieder behoben. Tatsächlich besteht jedoch der Mangel an geübten Hausangestellten nach wie vor, weil diese die einseitig geschulten Verhältnisse kennen und deshalb den Hausangestelltenverdienst meiden.

Rot kennt kein Gehot! Dennoch müssen die Stellensuchenden Mädchen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie den beschäftigten Hausangestellten bei ihrem Kampfe um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht in den Rücken fallen dürfen.

Die letzten Verhandlungen von Vertretern des „Zentralverbandes der Hausangestellten“ mit Vertretern der Hausfrauenverbände zur Festlegung der Teuerung entsprechenden Richtlöhnen für Hausangestellte haben sich infolge besonders schwieriger Verhältnisse, als die Hausfrauen auf die große Zahl der nachfragenden Bewerberinnen hinwiesen und dabei behaupteten, daß letztere auf den Lohn kein Gewicht legen, sondern schon zufrieden wären, wenn sie ein Dach über dem Kopf und Essen und Trinken hätten. Die Befestigung für Hausangestellte ist in der Regel geringer als es für den Haushalt im allgemeinen üblich ist. Deshalb ist bei Annahme einer Stelle größte Vorsicht geboten.

Vor allen Dingen muß darauf geachtet werden, daß neben einer guten Befestigung, Wohnung und Behandlung, auch ein Lohn bezahlt wird, der den in den öffentlichen Arbeitsnachweisen der Stadt Berlin durch Aushänge bekanntgegebenen Richtlöhnen für die verschiedenen Hausangestellengruppen entspricht.

Die Lohnmehrzahl für die laufende Woche wurde für die Arbeiter auf 150 Millionen und die Mehzzahl für die Beamtenbezüge auf 30 Millionen für das zweite Monatsviertel festgesetzt.

Zu dem Thema Beamtenabbau haben wir eine solche Fülle von Beiträgen erhalten, daß es uns schon räumlich unmöglich ist, sie zu veröffentlichen. Die Einwendungen und Wünsche der Angestellten und Beamten zu dem Abbauprogramm der Regierung sind im „Vorwärts“ deutsch zum Ausdruck gekommen. Die Spitzenverbände der Angestellten und Beamten werden auch weiterhin ihr Möglichstes tun, um offensichtlichen Ungerechtigkeiten und willkürlichen Maßnahmen entgegenzutreten. Sie in diesen Bestreben zu unterstützen ist wirklamer als bereits Gefolgtes zu wiederholen. Die Redaktion.

**Achtung, Zimmerer!** In der gestrigen Verhandlung über wertbeständige Löhne für das Hoch-, Beton- und Tiefbau-gewerbe kam es durch die Sabotage der Arbeitgeber zu keiner Verständigung. Drei Tage zuvor hatten sich die Unternehmer ausdrücklich zur Einführung werbeständiger Löhne bereit erklärt. Die Arbeitnehmervertreter betonten, daß es unbedingt notwendig sei, eine neue Regelung vorzunehmen, zumal es in anderen Industrien wie auch im Baugewerbe im Reich schon zu erheblichen auf werbeständiger Grundlage gekommen sei. Die Arbeitgeber beriefen sich jedoch auf die Regierungserklärung, monach ab 15. November genügend neue Zahlungsmittel zur Verfügung ständen. Schließlich wurde vereinbart, daß am Dienstag, den 13. November, ein Vorschlag von 4 Billionen ausgezahlt wird. Die endgültige Regelung für die Woche vom 7.—13. November erfolgt am 13. November. — Der Vorstand.

Die Färberei H. Bergmann G. m. b. H., Mi-Moabit 95/97, wird ihre Lohnberechnung scheinbar einer gründlichen Korrektur unterziehen müssen. Sie zahlte geduldeten Arbeitkräften in der Woche vom 15. bis 21. Oktober bei 88stündiger Arbeitszeit etwa 16 Milliarden, und in der Woche vom 22. bis 27. Oktober 72 Milliarden, davon natürlich noch die Beiträge für Lohnsteuer und Versicherungsbeiträge abgehen. Es zeigt sich immer wieder, daß überall da, wo es an der notwendigen gewerkschaftlichen Organisation fehlt, die Lohnbemessung mehr in das Belieben des Unternehmers gestellt ist, besonders schlechte Löhne gezahlt werden. Das ist für Firmen, die direkt mit der Kundenschaft des Publikums zu rechnen haben, weder eine besondere Empfehlung noch eine Garantie für ordentliche Arbeitsleistung. Die Herrschaften, die noch derart geringe Löhne zahlen, müssen ihren eigenen persönlichen und Haushaltsvertrauen mit als Nachschlag dafür heranziehen, was ein Arbeiter und Angestellter unbedingt haben muß, um sich und seine Familie zu erhalten. Dann würden die Löhne sicherlich ein wenig besser ausfallen, und die Unternehmer nicht in die Verlegenheit kommen, ihre Löhne aus der Presse fernzuhalten.

Verantwortlich für Politik: Gustav Reuter; Wirtschaft: Fritz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Schreier; Freiwirtschaft: Dr. John Schlimm; Soziales und Sonstiges: Rolf Raschütz; Ereignisse: H. Glaser; Satire: in Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Willst du preiswert kaufen, mußt du zu **Hosen** kaufen, mußt du zu **Hosen-Anders** laufen. **A. Anders, Beusselstr. 23**

**Hosen** Preiswertes Angebot! Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestreifte Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge, auch einzelne Knaben-Hosen **München-Gladh. Hosen-Zentrale** NW. 87, Beusselstr. 49, Blauer Laden, am Ringbahnhof Beusselstr. Fahrgeleitvergütung **Ischias** in Wien, Stadt u. Subl. L. 15 T. 1000, Invalidenstr. 118, 8-11, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

**Erich Fuhrmann** Handelsgerichtlich eingetragene Firma kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngebisse **BERLIN** Gotzkowskystr. 13

**Zähne** 5 Millionen u. 10 Millionen. 3 Jahre weitgehende Garantie. Teilzahlungen gestattet. Kronen. (Spez. Brücken-zähne ohne Gassen.) Keine Luxuspreise. Person. Fachmann. Munduntersuchung gratis. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellungen gratis. Ueber 20 000 Gebisse voller Zufriedenheit geliefert. **Hatvani, Danziger Str. 1** (Nahbahnstation). Vorzeiger Extra-Rabatt 10 Prozent.

**Milliarden sparen Sie** bei ERICH SCHULZ Neukölln, Kottbuscher-Friedr.-Str. 220 an der Weichselstr. Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Fräulein-, Kinderwänter, Wollwaren, Damen-, Schläpfer, Woll-, Nähgarn.

**Geschlechtskrankheiten** Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Munden, Harnröhrenentzündungen, Harn-Infektionen, auch wo alles verlor, wurden durch **Phorjano** das neue deutsche Reichs-Patent, freigegeben, alle Krankheiten und Krankheiten.

**Bettwäsche Wäschestoffe** Handtücher, Hemdenstücke, Damast, Dimiti, Linen, Zischen, Inletts, Bettdecken usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen **Wäscheabdruck Einhorn** Gedruckt, Kurfürststr. 31 (an d. Hermannstr.) **Kraus-Pianos zur Miete** Ansbacher Str. 1, 10a Berlin-Mitte

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch** **Zahngebisse** zahlt überbierbare Preise **R. Felske, 67 Grosse Frankfurter Strasse 67.**

**Wohnungsaustausch** in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verbindung mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverträge** Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzennehmer: **Zeltungs-Zentrale (ZZ) Aktiengesellschaft** Jerusalem Str. 35 = Fernsprecheri Dönhoff 8310-3312